



Interviews

Datum: 03. April 2023

Michael Roth (SPD), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Für Finnland wie für Schweden war es ein historischer Schritt. Unter dem Eindruck von Russlands Angriffskrieg in der Ukraine haben beide Länder im Mai 2022 beschlossen, ihre jahrzehntelange militärische Neutralität aufzugeben und bei der NATO einen Aufnahmeantrag zu stellen, jeweils mit großer Rückendeckung der eigenen Bevölkerung. Ein Beitritt, Seite an Seite, sollte es sein, Hand in Hand gewissermaßen. Das war der Plan, den Viktor Orbán und Recep Tayyip Erdogan allerdings zunichtegemacht haben. Ihren Widerstand gegen das 31. Mitglied Finnland haben Ungarn und die Türkei inzwischen aufgegeben, nicht aber ihre Vorbehalte gegen Schweden.

Am Telefon ist der SPD-Außenpolitiker Michael Roth. Einen schönen guten Morgen.

Michael Roth: Guten Morgen aus Bad Hersfeld, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Roth, Finnland ja, Schweden nein. Startet diese Norderweiterung der NATO mit einer Hypothek, mit einem Makel?

Roth: Ja! Ich bedauere das sehr. Es wäre nicht nur im Interesse unserer Freundinnen und Freunde in Schweden und in Finnland, sondern im Gesamtinteresse der NATO, dieses so wichtigen Sicherheitsbündnisses, wenn beide Staaten möglichst rasch unserem Team beitreten würden. Dass das vor allem an der Türkei gescheitert ist, aber auch ein kleines bisschen an Ungarn, das bedauere ich sehr.

Barenberg: Welche Erklärung haben Sie denn dafür, dass die Türkei und dass Ungarn quasi den Hebel in der Hand halten und blockieren können, obwohl alle anderen den Beitritt nicht nur Finnlands, sondern auch Schwedens ja befürworten?

Roth: Das ist sicherheitspolitische Kurzsicht, aber es hat vor allem innenpolitische Gründe, warum Ungarn und die Türkei blockieren. In der Türkei ist es vor allem der Wahlkampf. Erdogan muss um sein politisches Überleben kämpfen und da schürt man immer den Nationalismus. Und die freiheitlichen Demokratien in Finnland und in Schweden, die haben es Herrn

Erdogan manchmal auch schwergemacht, weil er eben in Sachen Menschenrechtspolitik nicht der Zuverlässigste ist.

Die Ungarn, vor allem Herr Orbán, rächen sich jetzt ein wenig an dem klaren Bekenntnis und an dem klaren Einsatz Schwedens und Finnlands für die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Das hat eigentlich mit der NATO relativ wenig zu tun, mit innenpolitischen Gründen sehr viel, und das kritisiere ich sehr deutlich.

Barenberg: Das Signal nach außen hin ist das, beispielsweise in Richtung Moskau, dass die Allianz doch nicht so geschlossen dasteht, wie es eigentlich sein sollte, wie sie sich es vorgenommen hat?

Roth: Ja! Für diese Eintrübung des ansonsten sehr klaren Blicks sind diese beiden Staaten verantwortlich. Sie richten hier doch einen erheblichen Flurschaden an. Am Ende des Tages habe ich aber den Eindruck, wenn erst mal der Wahlkampf in der Türkei vorbei ist, und auch, wenn Orbán sein Mütchen gekühlt hat, dass wir dann wieder zur Vernunft zurückkehren. Noch einmal: Es gibt einen breiten Konsens in der NATO darüber und ich will auch mal daran erinnern, dass es ja den beiden Ländern nicht leichtgefallen ist, eine Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen, denn es gehörte quasi zur Staatsdoktrin in Schweden und in Finnland, militärisch bündnisfrei zu sein. Und davon ist man abgewichen, weil Russland diesen furchtbaren verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat.

Barenberg: Die Gewichte innerhalb des europäischen Teils der NATO jedenfalls haben sich seit Russlands Angriffskrieg spürbar Richtung Osten verschoben. Werden sie sich jetzt noch weiter auch nach Norden verschieben?

Roth: Das wird dem Bündnis guttun, denn wir brauchen ja, wenn wir in sicherheitspolitischen Fragen zusammenarbeiten wollen, auch einen Konsens in den großen Fragen, für welche Werte treten wir eigentlich ein, und da sind Schweden und Finnland über jeden Zweifel erhaben. Sie werden das Bündnis als ein Bündnis für Demokratie, für Freiheit, für Menschenrechte stärken. Und Finnland hat eine hoch mobile, hervorragend ausgerüstete Armee. Auch das wird uns nutzen. Ich will mal daran erinnern: Finnland hat ja eine fast 1400 Kilometer lange Grenze zu Russland. Finnland weiß, was es heißt, in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem furchtbaren Aggressor zu leben.

Barenberg: Mit diesen 1300 Kilometern verdoppelt sich ja quasi die gemeinsame Grenze zwischen NATO und Russland durch den Beitritt von Finnland. Erhöht das nicht auch die Gefahr einer militärischen Konfrontation, einer Auseinandersetzung mit Russland, vor der ja viele in diesen Tagen warnen?

Roth: Ja! Wenn man im alten Denken verhaftet ist, dann träfe das zu. Ich lade uns alle aber dazu ein, dieses alte Denken zu überwinden. Altes Denken – damit meine ich, dass wir akzeptieren, dass das mittelost-östliche Europa der Vorhof der Macht von Herrn Putin ist, dass wir uns gefälligst nicht in die Einfluss-Sphäre von Herrn Putin einzumischen haben. Noch einmal: Hier gibt es nur einen einzigen Aggressor und das ist Putin, das ist Russland, und Russland führt diesen furchtbaren Krieg gegen die Ukraine und gegen unsere Werte. Wir verteidigen uns und wir schützen uns und das wird sicherlich auch bei Finnland und bei Schweden mehr als deutlich. Diese Länder werden ja nicht von uns gezwungen, der NATO beizutreten. Ganz im Gegenteil! Sie haben einen freien demokratischen Willen bekundet, nach vielen, vielen Jahren auch intensiver und kontroverser innenpolitischer Diskussion.

Barenberg: Die USA haben gerade eine ständige Militärbasis in Polen eingerichtet, permanente US-Truppen also entlang der Ostflanke der NATO. Das war bisher nicht üblich und anders verabredet in der sogenannten NATO-Russland-Grundakte. Ist die damit, jetzt auch mit dem Beitritt von Finnland endgültig hinfällig? Werden wir bald auch ständige Militärpräsenzen des Bündnisses in diesen beiden Ländern erleben?

Roth: Wir dürfen hier Ursache und Wirkung nicht vertauschen. Erst einmal war es Russland, das gegen alle Regeln und Vereinbarungen verstoßen hat. Ich will mal daran erinnern, dass im Budapester Memorandum Russland und die USA und Großbritannien sich verpflichtet haben, die territoriale Souveränität der Ukraine zu schützen und zu sichern. Und dafür hat die Ukraine ihr gesamtes Atomwaffenarsenal an Russland abgegeben.

Dann sprechen Sie zurecht die NATO-Russland-Grundakte an. Die hat deutlichgemacht, dass es keine dauerhafte Militärpräsenz der NATO in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten geben soll. Aber auch dagegen hat ja Russland massivst verstoßen. Dieser Krieg wird ja in aller Brutalität fortgesetzt - und ich rate uns vor allem in Deutschland dazu, endlich zu einer europäischen Sicherheitspolitik und zu einem europäischen Verständnis von Sicherheitspolitik zurückzufinden. Und das bedeutet, dass wir endlich die Sicherheitsinteressen der mittelosteuropäischen Staaten, der Balten, der Polen und anderer ernstnehmen und auch in unsere Sicherheitsstrategie mit einbeziehen. Diese Sicherheit, die muss verteidigt werden und geschützt werden, und dafür brauchen wir auch eine entsprechende Truppenpräsenz.

Barenberg: Und dafür brauchen wir auch eine Bundeswehr, die Nachholbedarf hat, großen Nachholbedarf, wenn es um Aufgaben der Landes- und der Bündnisverteidigung geht? Auf dem NATO-Gipfel im Sommer deutet sich an, dass dort verabredet wird, dass noch wesentlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden soll. Sind Sie für diese Verabredung, dass die so getroffen wird beim nächsten NATO-Gipfel im Sommer?

Roth: Erst mal unterstütze ich unseren Bundesverteidigungsminister Pistorius darin, dass wir so schnell wie irgend möglich endlich das Zwei-Prozent-Ziel erreichen. Das wird nicht einfach sein, aber wir müssen jetzt mehr in die Sicherheit unserer liberalen und sozialen Demokratie investieren und wir müssen mehr tun für die Bündnisfreiheit, denn darum geht es. Auf welchen Prozentsatz wir uns dann verständigen, da will ich nicht spekulieren, aber eines wird deutlich: Wir müssen uns als Gesellschaft darauf einstellen, dass wir viel mehr Geld in unsere eigene Freiheit und unsere eigene Sicherheit investieren müssen - und das wird nicht eine Eintagsfliege sein mit dem 100 Milliarden Euro Sondervermögen, sondern da wird es sicherlich auch noch um mehr Geld gehen in den alljährlichen Haushalten, und dafür werbe ich.

Barenberg: Und der Preis dafür, Herr Roth, ist möglicherweise, dass andere Projekte warten müssen? Wir diskutieren in diesen Tagen etwa über die Kindergrundsicherung.

Roth: Ich habe nicht den Eindruck – das sollte man auch nicht miteinander vermengen -, dass die Kindergrundsicherung an mehr Geld für die Bundeswehr scheitert. Ganz im Gegenteil! Wir haben darüber in der Koalition einen Streit und ich habe den Eindruck, dass die breite Mehrheit in der Koalition auch dafür eintritt, die Kindergrundsicherung, also das was im Koalitionsvertrag steht, auch umzusetzen. Da müssen wir noch ein bisschen Überzeugungsarbeit bei unserem liberalen Finanzminister leisten.

Barenberg: Letzte Frage, Herr Roth. Es gibt Berichte, wonach der Nachfolger für NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine Frau sein könnte. Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin ist im Gespräch. Wäre das eine gute Wahl?

Roth: Erst mal fände ich es toll, wenn wir auch bei so einem wichtigen Posten eine Frau überzeugen könnten, sich zur Wahl zu stellen. Da gibt es auch verschiedene Namen, beispielsweise Frau Kallas aus den baltischen Staaten. Ich habe von diesen Gerüchten auch gehört. Ich will diesen Gerüchten jetzt keine weitere Nahrung geben, aber Frau von der Leyen hat ja nun ein sehr wichtiges Amt in der Europäischen Union, und warum sollte dort

ein Loch gerissen werden. Das führt ja auch zur Verunsicherung. Ich halte das jetzt nicht für besonders überzeugend, aber noch einmal: An den Spekulationen möchte ich mich nicht beteiligen. Aber ich bin dafür, dass wir diese Position des Generalsekretärs oder auch der Generalsekretärin mit einer wirklich hervorragenden Kraft besetzen, die dieses NATO-Team glaubhaft nach außen vertritt. Aber die nicht nur für die Sicherheit eintritt, sondern auch deutlich macht, es geht uns um Demokratie, um Freiheit und um Menschenrechte.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.